Detailansicht des Registereintrags

ClientEarth gGmbH

Aktuell seit 16.10.2026 15:14:19

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R003753
Ersteintrag:	23.03.2022
Letzte Änderung:	16.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	27.04.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: ClientEarth gGmbH Klosterstraße 64 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493031193677 E-Mail-Adressen: kwelsch@clientearth.org cgerstetter@clientearth.org info.berlin@clientearth.org Webseiten: www.clientearth.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Christiane Gerstetter**
   Funktion: Geschäftsführerin
2. **Scott Rutherford**
   Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (10):

1. **Lea Main-Klingst**
2. **Paula Ciré**
   Tätigkeit bis 12/21:
   Referentin im Referat Grundsatzangelegenheit der int. Zusammenarbeit, Völkerrecht im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) oder dessen Geschäftsbereich
3. **Bellinda Bartolucci**
4. **Jennifer Seyderhelm**
5. **Selin Esen**
6. **Elisabeth Koch**
   Tätigkeit bis 12/24:
   Referentin für EU-Koordinierung und Beihilfe
   im Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) oder dessen Geschäftsbereich
7. **Niklas Paul Simon**
8. **Dr. Franziska Niehaus**
9. **Louisa Raitbaur**
10. **Dr. Christiane Gerstetter**

Mitgliedschaften (1):
1. Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung"

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Extremismusbekämpfung; Fischerei/Aquakultur; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Straßenverkehr; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
ClientEarth ist eine juristische arbeitende Umweltorganisation, die sich für ambitionierten Umweltschutz einsetzt. Ziel unserer Kontakte mit politischen Entscheidungsträger*innen ist, dass sich diese für ambitionierte Umweltgesetze und deren Umsetzung sowie insgesamt Umwelt- und Klimaschutz einsetzen. Dafür stellen wir unsere juristische und sonstige Expertise in Form von Stellungnahmen, juristischen Studien oder Briefen sowie im Rahmen von Teilnahme an Veranstaltungen und Treffen sowie direkten Gesprächen zur Verfügung.

Konkrete Regelungsvorhaben (27)

1. **Entwurf des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes (WassBG-E)**

   Beschreibung:
   Aus unserer Sicht ist nicht hinreichend dargelegt, dass ein Bedarf für ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz besteht und dieses einen Beitrag zur Versorgungssicherheit undzum Klimaschutz leistet (1. Durch die im Entwurf vorgesehenen Regelungen erhöhen sich Risiken für Mensch und Natur dadurch, dass Öffentlichkeitsbeteiligung eingeschränkt (2)
   und Zielkonflikte in der Wassernutzung verschärft werden (3)

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/11899 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften
   Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (3):

   1. **SG2406280083** (PDF - 5 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 30.04.2024 an:

      Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2507290034** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. **SG2508060013** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **Beschränkungsverfahren der PFAS auf EU-Ebene**

Beschreibung:
Wir wollen unsere Unterstützung für das Beschränkungsverfahren der PFAS auf EU-Ebene ausdrücken, den wir für den Schutz von Mensch und Umwelt für unabdingbar halten. Uns besorgt, dass dieser ambitionierte und notwendige Vorschlag von verschiedenen Seiten auch hier in Deutschland diskreditiert wird. Der zur Anhörung gehörende Antrag der CDU/CSU-Fraktion erkennt in unseren Augen die Gefahren, die von PFAS für Mensch und Umwelt ausgehen, nicht zur Genüge an und verkennt die Differenziertheit des bei der ECHA liegenden Beschränkungsvorschlags. Wir bitten die Abgeordneten sich daher, sich gegen den Antrag der CDU/CSU-Fraktion auszusprechen.

Betroffenes geltendes Recht:
ChemVerbotsV 2017 [alle RV hierzu]; ChemSanktionsV [alle RV hierzu]; ChemKlimaschutzV [alle RV hierzu]; GefStoffV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2406280084** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.04.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2408200007** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.06.2024 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2506260048** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.05.2025 an:

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

3. **Deutsche Position zum Vorschlag der EU-Kommission zur Verordnung zur Einrichtung einer zentralen Datenplattform für Chemikalien**

Beschreibung:
ClientEarth begrüßt den Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung einer zentralen Datenplattform für Chemikalien, mit der sichergestellt werden soll, dass die darin enthaltenen Daten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sind, sowie zur Schaffung eines Überwachungs- und Prognoserahmens für Chemikalien, der von der Europäischen Kommission am 7. Dezember 2023 als Teil des "One Substance One Assessment" Pakets veröffentlicht wurde.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2408200006** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Ökodesign-VO und Chemikalien - anstehende Umsetzung von REGULATION (EU) 2024/1781**

Beschreibung:
Unterstützung und Befürwortung einer Aufnahme ambitionierter Regelungen zu Chemikalien in die delegierten Rechtsakte.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

5. **Erschaffung einer EU Vizepräsidentschaft für Menschen und Umwelt für die vollständige Einbeziehung der Umwelt in alle Entscheidungen**

   Beschreibung:
   Aussprache für die Erschaffung einer EU Vizepräsidentschaft für Menschen und Umwelt für die vollständige Einbeziehung der Umwelt in alle Entscheidungen

   Interessenbereiche:
   EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2408210013** (PDF - 5 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 08.07.2024 an:

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. **Anfrage für ein Treffen auf der COP16 und Unterbreitung unseres Briefing-Papiers: Law in Action: Achieving Global Peace with Nature**

   Beschreibung:
   In diesem Briefing werden die politischen Forderungen von ClientEarth zur Umsetzung des Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (KMGBF) dargelegt, damit Länder auf der ganzen Welt über isolierte Vorhaben hinausgehen und umfassende, sektorübergreifende Rechtsrahmen verabschieden können, die die Natur in jeden Bereich der Regierungsführung einbeziehen und sicherstellen, dass die biologische Vielfalt zum zentralen Element der sozioökonomischen Entwicklung wird.

   In der Anfrage für ein Treffen im Rahmen der COP16 wurde die Rolle der EU bei der Umsetzung des Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (KMGBF) sowie folgende wichtige Prioritäten als mögliche Diskussionspunkte vorgeschlagen: EU Deforestation-Free Products Regulation, Nature Restoration Law, 30x30 Conservation Target

   Interessenbereiche:
   Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2412030038** (PDF - 17 Seiten)

      Adressatenkreis:

Versendet am 18.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **Aufruf zum Verbot von Flufenacet - Ein endokrinschädigendes, PFAS-emittierendes Pestizid**

Beschreibung:
Einsatz gegen eine verlängerte Zulassung von Flufenacet,einer der meistverkauften PFAS und laut dem jüngsten wissenschaftlichen Gutachten der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) schädlich für Mensch und Umwelt.

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503130040** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. **Zugang zu Gerichten bei Entscheidungen über staatliche Beihilfen, die gegen das Umweltrecht verstoßen**

Beschreibung:
Aussprache für die Einhaltung des Aarhus-Übereinkommens, indem die EU Mitgliedern der Öffentlichkeit und Nichtregierungsorganisationen den Zugang zu Gerichten ermöglicht, um Entscheidungen der EU-Kommission über staatliche Beihilfen, die gegen das Umweltrecht verstoßen,zu beanstanden.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503130043** (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. **Umsetzung der REACH Verordnung und deren Reform**

Beschreibung:
Untersuchung von Faktoren, die zur geringen Durchsetzung von REACH-Zulassungen beitragen, mit Schwerpunkt auf drei Fallstudien (Frankreich, Deutschland und Spanien) und der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und dem Durchsetzungsforum der ECHA liegt. Darlegung des Berichtsentwurfs gegenüber dem BMU vor der Veröffentlichung, zur Kommentierung einer enthaltenen Fallstudie zur Situation in Deutschland.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503170071** (PDF - 44 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. **Beschränkung der Stoffgruppe der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) unter REACH**

Beschreibung:
Die Beschränkung der Stoffgruppe der PFAS hat zum Ziel, die Emissionen von PFAS um 95% zu senken, in dem Herstellung, Import und Anwendung von PFAS verboten werden sollen. In Verwendungen, wo zunächst keinen Alternativen verfügbar sind, gibt es Übergangsfristen.

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503240012** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2503240013** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2025 an:

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

11. **Vorschläge für Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 der Parteien**

Beschreibung:
Die Bundesregierung soll eine ambitionierte Chemikalienpolitik verfolgen und sich für eine solche auf europäischer Ebene einsetzen.

Den Schutz vor schädlichen Chemikalien im Parteiprogramm adressieren.

Vorschläge zur Übernahme wichtiger Aussagen für die Bundestagswahl 2025.

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503240016** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.10.2024 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

12. **Umsetzung der geltenden EU-Richtlinie 2009/128/EG Sustainable Use Directive in nationales Recht.**

Beschreibung:
Der integrierte Pflanzenschutz (IP) ist durch die EU-Pestizid-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG Sustainable Use Directive, SUD 15 seit über zehn Jahren verbindlich vorgeschrieben, wurde jedoch bislang nicht in nationales Recht überführt. ClientEarth setzt sich ein für eine rechtsverbindliche Überführung des IP in nationales Recht durch die Bundesregierung – in Einklang mit dem EU-Recht. Zudem bedarf es einer Überarbeitung der Grundsätze der "guten fachlichen Praxis“ im Pflanzenschutz. Denn die Leitlinien sind veraltet und entsprechen nicht den Vorgaben der EU-Pestizid-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507290035** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

13. **Pflanzenschutz: Einführung eines Exportverbots für in der EU verbotene Pestizide (Verordnung EU Nr.649/2012)**

Beschreibung:
Es wird sich eingesetzt für die Einführung eines EU-weiten Exportverbots in Drittstaaten von bestimmten gefährlichen Chemikalien, die in der EU bereits verboten sind. Konkret fordern wir deshalb die Verschärfung der Verordnung EU Nr.649/2012.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508260016** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

14. **Verbraucherschutz bei kosmetischen Produkten: gegen vorgesehene Herabsenkung des Schutzniveaus durch das 6. Omnibuspaket zur Chemikalienpolitik**

Beschreibung:
Mit dem 6. Omnibuspaket schlägt die Europäische Kommission Änderungen der EU-Verordnung über kosmetische Produkte vor. Es wird sich dafür eingesetzt, dass Deutschland sich im Rat gegen diese Pläne der Komission ausspricht, die eine Herabsenkung des Schutzniveaus für Verbraucher*innen zur Folge hätten.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2511040014** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

15. **Effektive und ambitionierte Umsetzung der EU Industrieemissionsrichtlinie**

Beschreibung:
Die EU Industrieemissionsrichtlinie (IED) wurde 2024 novelliert und muss bis Juli 2026 von EU Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Wir setzen uns ein für eine effektive und ambitionierte Umsetzung der IED, inbesondere der Durchsetzungsbestimmungen

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2511110011** (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

16. **Änderungen am Kommissionsvorschlag zum Food and Feed Omnibus**

Beschreibung:
Aufrechterhaltung eines gefahrenbasierten, mit dem Vorsorgeprinzip im Einklang stehenden Rechtsrahmens der EU-Pestizidgesetzgebung. Interessenvertretung gegen geplante Änderungen insb. in Verordnung (EG)1107/2009.

Betroffenes geltendes Recht:
PflSchG 2012 [alle RV hierzu]; PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601260012** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.12.2025 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

17. **Beratung von Entscheidungsträgern im Europäischen Raum für verantwortungsvolle Fischereipolitik durch nachhaltige Fanggrenzen**

Beschreibung:
Unser Anliegen ist, verantwortliche Organe in der EU und im Vereinigten Königreich anzuleiten, die Überfischung endgültig zu beenden, die Fischbestände dauerhaft auf ein gesundes Niveau zu bringen bzw. dort zu halten und unbeabsichtigte Beifänge deutlich zu reduzieren. Gleichzeitig wollen wir die Funktionsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der marinen Ökosysteme sichern – insbesondere angesichts zunehmender Belastungen wie dem Klimawandel.

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2602030024** (PDF - 90 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

   Versendet am 11.11.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. **SG2602030025** (PDF - 25 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

18. **Positive Einflussnahme auf die Vorbereitung der nationalen Umsetzung der überarbeiteten CSDDD.**

Beschreibung:
Durch die Änderung der CSDDD zur Abschwächung ihrer Anforderungen behindert Omnibus I die erwarteten Vorteile der CSDDD und verlängert die Auswirkungen unternehmerischen Handelns auf Menschenrechte, Umwelt und Klima, die andernfalls im Rahmen der CSDDD reguliert worden wären. Wir setzen uns ein für eine progressive Auslegung der Änderungen des Omnibus-I-Pakets im Hinblick auf die Vorbereitung der nationalen Umsetzung der überarbeiteten CSDDD. Diese Auslegung soll Umwelt, Klima und Menschenrechte vor den Auswirkungen unternehmerischen Handelns schützen.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606100018** (PDF - 17 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

19. **Stärkung von Meeresschutz und nachhaltiger Fischerei**

Beschreibung:
Auf EU-Ebene wurde der Europäische Ozeanpakt verabschiedet. Neue Gesetzesvorhaben wie das Meeresgesetz und die Reform der Meeresstrategierahmenrichtlinie werden erarbeitet. Darüber hinaus wird die Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik der EU (GFP) evaluiert. Auf EU und nationaler Ebene setzen wir uns für einen effektiven Rechtsrahmen und eine stärkere Umsetzung der bestehenden Gesetze ein, um die Gesundheit der Meere zu verbessern und einen nachhaltigen Fischereisektor zu stärken.

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fischerei /Aquakultur [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2606100022** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.03.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

2. **SG2606100023** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

20. **Gegen eine Schwächung klimapolitischer Interessen im Zuge der Reform der Sektorleitlinien für die Außenwirtschaftsförderung**

Beschreibung:
Die geplante Revision der Sektorleitlinien für Außenwirtschaftsförderung riskiert eine weitere Aufweichung von Umweltstandards. Gemeinsam mit anderen Organisationen setzen wir uns dafür ein, umweltschädliche Subventionen – etwa für fossile Brennstoffe – zu begrenzen und eine Berücksichtigung der Klimaziele aus dem Pariser Übereinkommen und Glasgow Climat Pact in der Überarbeitung der Leitlinien zu erwirken

Interessenbereiche:
Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606100033** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.06.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

21. **Sicherstellung von Transparenz bei der Ausarbeitung der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne (NRPP)**

Beschreibung:
Wir setzen uns für stärkere Beteiligung von Regionen, Städten, Kommunen, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft an der Planung und Umsetzung von EU-Fördermitteln im Zuge der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne ein ein.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607020045** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

22. **Förderung sicherer Chemikalien und eines hohen Gesundheits- und Umweltschutz auf EU-Entscheidungsträger*innen-Ebene**

Beschreibung:
Trotz REACH und CLP sind Menschen in Europa weiterhin unzureichend vor schädlichen Chemikalien geschützt, die erhebliche Gesundheits-, Umwelt- und Kostenfolgen verursachen. Gefordert wird, den Schutz von Mensch und Umwelt zur obersten Priorität zu machen, insbesondere durch konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Chemikalienrechts nach aktuellem wissenschaftlichen Stand. Deregulierung unter dem Vorwand der „Vereinfachung“ wird abgelehnt, da sie Risiken erhöht und Innovation hemmt. Stattdessen soll die EU gefährliche Stoffe schneller ersetzen, sichere Alternativen fördern und evidenzbasierte Politik gegenüber Industrieinteressen stärken.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2607020059** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2609210030** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.04.2026 an:

   Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

23. **Erhalt und Weiterentwicklung des Bundesprogramms Demokratie leben zur Demokratieförderung und Extremismusprävention**

Beschreibung:
Erhalt und Weiterentwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zur Förderung demokratischer Teilhabe, zur Prävention von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Bereich der Demokratieförderung.

Interessenbereiche:
Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607030028** (PDF - 49 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.04.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

24. **Erhalt und Stärkung des LIFE Programms als eigenständiges Instrument im nächsten Multiannual Financial Framework (MFF)**

Beschreibung:
Das LIFE-Programm trägt maßgeblich zur Umsetzung der europäischen Umwelt-, Klima- und Naturschutzziele bei. Eine Eingliederung in größere EU-Förderinstrumente sehen wir kritisch, da Umwelt- und Klimaprojekte dort mit anderen Prioritäten konkurrieren würden und an Sichtbarkeit und Wirksamkeit verlieren könnten. LIFE schließt eine zentrale Lücke zwischen den politischen Zielsetzungen der EU und deren praktischer Umsetzung. Daher setzen wir uns dafür ein, das LIFE-Programm im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen als eigenständiges und angemessen ausgestattetes Instrument fortzuführen.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607060013** (PDF - 29 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

25. **Ablehnung der im UMoG und in der UMoV vorgesehenen Einschränkungen der Öffentlichkeitsbeteiligung**

Beschreibung:
Das Gesetz (UmoG) und die Verordnung (UmoV) zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes enthält einige sinnvolle und dem Titel des Gesetzes entsprechende Neuerungen wie im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Allerdings sind die vorgeschlagenen Einschränkungen von Beteiligungsrechten, insbesondere der Wegfall der Jedermannbeteiligung im BImSchG deutlich zu kritisieren und werden entschieden abgelehnt.

Referentenentwurf:
Verordnung zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 03.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

26. **Kritik der Unvereinbarkeit des StromVKG mit den EU-Beihilfevorschriften**

Beschreibung:
Mithilfe rechtlicher Bewertung wird auf eine Reihe von ernsthaften Bedenken hinsichtlich Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetzes („StromVKG“) und dessen Vereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht, insbesondere den Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 („KUEBLL“), hingewiesen. Die im StromVKG anvisierten Maßnahmen sind weder notwendig noch verhältnismäßig noch angemessen oder geeignet, um in Deutschland Energiesicherheit zu erreichen, und führen zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zulasten sauberer Technologien.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6279 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten und zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung BNetzA
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; KVBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608070027** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

27. **Erhalt des Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in seiner jetzigen Form**

Beschreibung:
Die Bundesregierung plant laut Koalitionsbeschluss höhere Hürden für Informationsanfragen an Behörden. Wir setzen uns ein für die Verhinderung der folgenden geplanten Änderungen: Abhängigmachen von IFG-Anfragen von einem berechtigten Interesse, Kostenerhöhung für IFG-Anfragen, Einschränkungen von Anfragen in den Bereichen Kritischen Infrastruktur, Spionageabwehr, der Terrorismusbekämpfung, wissenschaftliche Forschung und das Schwärzen der Namen von Behördenmitarbeitenden.

Betroffenes geltendes Recht:
IFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609230012** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.07.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **EU Kommission**
Europäische Union
Brüssel

Betrag: 320.001 bis 330.000 Euro
Förderung von Umweltorganisationen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1.840.001 bis 1.850.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. **ClientEarth UK**
   Betrag: 1.420.001 bis 1.430.000 Euro
   Spende der Muttergesellschaft

2. **Deutsche Postcode Lotterie**
   Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro
   Förderung für Arbeit in Deutschland

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

147200_Clientearth_gGmbH_EJA_2025.pdf